LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/513

Alle Abgeordneten

Schriftliche Anhörung von Sachverständigen

des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend

Chancengleichheit von Anfang an – Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/3305

Zwischensprint nötig – Mehr Anstrengung im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3655

Fragenkatalog

Rückmeldung durch:

Detlef Müller, Geschäftsführer

Kath. Kindertageseinrichtungen Hochstift gem. GmbH, Paderborn (94 KiTas) und Kath. Kindertageseinrichtungem Minden-Ravensberg-Lippe gem. GmbH, Bielefeld (64 KiTas) Leostr. 21, 3398 Paderborn, detlef.mueller@kath-gv-owl.de, Tel.: 05251 1230 100

- 1. Welche Maßnahmen gilt es aus Sicht der Verbände zu ergreifen, um kurzfristig die Kita-Infrastruktur zu entlasten?
- Ausbildungskosten zu 100% finanzieren
- Personalkostensteigerungen vollständig ausgleichen
- Alltagshelfer nachhaltig und dauerhaft finanzieren
- 2. Wie kann durch steigenden Betreuungsbedarf, bei gleichzeitig sinkendem Personalpool die Qualität und der Kinderschutz weiterhin gewährleistet werden?
- 2. KiBiz-Wert finanzieren, um eine gute Personalausstattung zu ermöglichen
- Ausbildungskapazitäten erhöhen
- Elternverantwortung stärken (KiTa arbeitet familienergänzend, Wert der Selbstbildung des Kindes durch zweckfreies Spiel erklären, weniger Programme und Projekte)
- 3. Sollten alternative Betreuungsmöglichkeiten, wie bspw. die Betreuung durch Mutter bzw. Vater oder durch weitere nahestehenden Verwandten wie Oma bzw. Opa, in den Blick genommen werden, um die Überlastung des Systems zu mildern?
- Betreuung durch Eltern/ Großeltern nicht systematisch einfordern
- 4. Wie k\u00f6nnen die zahlreichen Entwicklungsst\u00f6rungen, die sich durch eine qualitativ unzureichende fr\u00fchkindliche Betreuung manifestieren, abgefangen werden?
- Durch auskömmliche Finanzierung die Besetzung aller freien Stellen ermöglichen
- 2. KiBiz-Wert refinanzieren

- Zeit für Elternberatung und Gespräche einplanen
- Perspektivisch kleinere Gruppen ermöglichen
- 5. Welche Maßnahmen haben die Träger ergriffen, um die Betreuungsqualität und den Kinderschutz gewährleisten zu können?
- Umfangreiche Schutzkonzepte
- Umfangreiche Fort- und Weiterbildung für Mitarbeitende
- Reduzierung des Betreuungsangebotes bei Personalmangel
- 6. Wie bewerten Sie die aktuelle Situation in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege in NRW mit Blick auf die finanziellen Mittel und des Personals?
- Seit 2 Jahren negative Jahresergebnisse in Millionenhöhe
- Tarifabschluss TVöD verursacht bezogen auf eigene Trägerschaft im Ifd. KiTa-Jahr zusätzliche Mittel von 1,0 Mio. Euro; für das KiTa-Jahr 2023/23 werden Mehrkosten von 4,0 Mio. Euro erwartet (bezogen auf KiTas Hochstift mit 94 KiTas)
- Zeitversetzte Dynamisierung der KiBiz-Pauschalen ist nicht mehr zu finanzieren
- Kostendruck hat zu Personalreduktionen geführt (in Richtung 1. KiBiz-Wert)
- Ausbildungsaktivitäten sind nicht mehr bedarfsgerecht / 120 Bewerbungen für PIA-Ausbildung bleiben unberücksichtigt
- Sanierungen und U3-Ausbau liegen "auf Eis"
- 7. Wie beurteilen Sie den Vorschlag, den Quereinstieg für Interessierte im Bereich der frühkindlichen Bildung weiter zu öffnen und was wäre bei einem solchen Vorgehen zu beachten?
- Quereinstieg wird grundsätzlich begrüßt, insbes. bei fachlich nahen Qualifikationen (z. B. Grundschullehrern, Religionspädagogen)
- Fachkraftquote sollte KiTa-bezogen festgelegt werden, um Fachlichkeit nicht zu gefährden
- Einarbeitung von Quereinsteigern muss fachlich begleitet werden, dazu bedarf es entsprechender Stellenanteile (Praxisanleitung) für die Dauer der Einarbeitung (ca. 6 Monate)
- Entscheidungen sollten aufgrund Beurteilung der Person und eines Kurzzeit-KiTa-Praktikums durch Träger und örtliches Jugendamt getroffen werden (nicht allein aufgrund Aktenlage durch Landesjugendamt)
- 8. Welche Bürokratie in den Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege kann aus ihrer Sicht ausgesetzt, reduziert beziehungsweise sogar abgeschafft werden um pädagogische Fachkräfte zu entlasten und können hierbei auch Fachkräfte im Bereich Verwaltung helfen?
- Intervall zur Rezertifizierung "Familienzentrum NRW" sollte verlängert werden / Verfahren insgesamt verschlanken (besser: bei jeder Rezertifizierung Schwerpunktprüfungen)

- Finanzierung "Familienzentrum" so weit erhöhen, dass eine Verwaltungskraft aus dem Zuschuss finanziert werden kann (für Programmerstellung, Veranstaltungsorganisation, Telefon, Mail-Bearbeitung)
- 9. Welche Bedeutung messen Sie der Trägeranerkennung beim Zugang für Bewerberinnen bzw. Bewerber aus dem (EU-)Ausland, die gezielt und ausschließlich eine Tätigkeit in einer Kindertageseinrichtung anstreben, bei und wie kann dieses Verfahren sowie generell die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen beschleunigt werden?
- Thematik ist in unserer Region (OWL) weniger relevant, wenngleich ausländische Mitarbeitende wertvolle interkulturelle Erfahrungen ermöglichen
- Eigene (gute) Erfahrungen beziehen sich auf "Missionare auf Zeit", die aus Afrika oder Südamerika zeitweise in einer KiTa eingesetzt werden

10. Zu welchem Zeitpunkt sollte eine Reform des Kinderbildungsgesetz umgesetzt werden und welche Punkte sind hierbei aus Ihrer Sicht von besonderer Bedeutung für den Personalbereich in der frühkindlichen Bildung in NRW?

- So schnell wie möglich, aber gründlich. Folgende Punkte sind wichtig:
 - Auskömmlichkeit der KiBiz-Budgets zur Finanzierung der notwendigen Personal- und Sachkosten
 - Auskömmlichkeit der Investitionskosten für Sanierung, U3-Ausbau, Maßnahmen des Gesundheitsschutzes (z. B. für Einbau von Akustikdecken) Pauschale je Platz ist nicht sachgerecht
 - Mietpauschalen nach Größe der Kommune (unter bzw. über 100.000 Einwohner) sind nicht marktgerecht / besser: Orientierung an Bau- und Finanzierungskosten
 - Personalkostensteigerungen ohne Zeitverzug refinanzieren (TVöD)
 - Ausbildungskosten zu 100 % finanzieren
 - o Berücksichtigung von Stellenanteilen für die Azubi-Praxisanleitung
 - o Berücksichtigung von Vor- und Nachbereitungszeit
 - Sockel für Leitungsfreistellung erhöhen (unabhängig von der KiTa-Größe)
 - o Einsatz von Alltagshelfer durch dauerhafte Finanzierung sichern
 - Feste Stundenschlüssel je KiTa nach Gruppenanzahl und Öffnungszeit (unabhängig von Buchungszeiten)
 - Abrechnungsverfahren vereinfachen, für große Träger nur 1 Verwendungsnachweis
- 11. Welche Möglichkeiten und Spielräume sehen Sie mit Blick auf die Bedarfe und Bedürfnisse der unterschiedlichen Beteiligten: bswp. das Aufrechterhalten des Rechtsanspruchs für die Kinder, die Bedarfe der Familien und die Bedürfnisse des Personals in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung?
- Kein weiteres beitragsfreies Jahr, weil dadurch regelmäßig eine höhere Nachfrage nach 45-Stunden-Betreuung ergibt
- U3-Angebot muss bedarfsgerecht ausgebaut werden (erfahrungsgemäß wünschen 80 % der Eltern eine Aufnahme ihres Kindes mit 1-2 Jahren) Investitionskosten

- müssen finanziert sein, bzw. Mietpauschalen marktgerecht und für Investoren lukrativ gestaltet sein
- Räume müssen bedarfsgerecht gestaltet sein (z. B. Speiseräume und große Küchen schaffen)
- Land muss gegenüber Eltern erklären, dass die Rahmenbedingungen für eine optimale Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit derzeit nicht in allen Einrichtungen gegeben ist
- Kommunikation gegenüber Eltern: Elternbeitrag ist kein Leistungsentgelt, sondern ein Finanzierungsbeitrag

12. Welche Regelungen und Handreichungen benötigen Sie seitens der Landesregierung?

- Gute Rahmenbedingungen durch novelliertes KiBiz (vgl. Antworten zu Frage 10)
- Einheitliche Handhabung der gesetzl. Rahmenbedingungen durch LVR und LWL
- 13. Mit einem generalistischeren Blick auf die aktuelle Gesetzlage: was müsste akut im KiBiz angegangen werden, um die Situation für Personal und Kinder zu verbessern?
- Finanzierung muss auskömmlich sein (KiTa-Träger können mit ihrer Arbeit kein Geld verdienen, Einsparungen erfolgen bei einer Personalkostenquote von 90 % immer zu Lasten des Personals)
- 14. Welche Potentiale für zusätzliche Ausbildung sehen Sie, wenn das Land die kompletten Trägerkosten für die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) an Kita sowie OGS übernehmen würde und finanzielle Anreize auch bei der vollzeitschulischen Ausbildung setzen würde?
- In unserer Trägerschaft könnten wir zum 01.08.2023 weitere 40 PIA-Stellen besetzen, wenn die Finanzierung gesichert wäre (120 unberücksichtigte Bewerbungen)
- Vergütungsniveau wurde zuletzt angehoben, der Beruf ist attraktiv
- 15. Welche zusätzlichen Potentiale sehen Sie für die Fachkräftegewinnung, wenn die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beschleunigt und systematisch auf die Gewinnung von Fachkräften aus der EU gesetzt würde?
- Für unsere Region sehen wir keine nennenswerten Potentiale, dennoch sollte nichts unversucht bleiben, um weitere Menschen zur Mitarbeit aus dem Ausland zu gewinnen
- 16. Werden nach Ihrer Auffassung die Möglichkeiten der Personalverordnung ausgenutzt? Oder gibt es noch ungenutzte Spielräume? Was kann helfen, die Spielräume, wenn sie nicht genutzt werden, auszuschöpfen?
- Die Spielräume der Personalverordnung werden vollumfänglich genutzt

17. Was macht aus Ihrer Perspektive den Beruf der Erzieherin, des Erziehers attraktiver?

- Feste Stundenschlüssel je KiTa nach Gruppenanzahl und Öffnungszeit (unabhängig von Buchungszeiten)
- Finanzierung einer Ausbildungsvergütung für die konsekutive (schulische) Ausbildung
- Gute Rahmenbedingungen: ausreichend Personal, Fort- und Weiterbildung, QM, gute technische Ausstattung
- Finanzierbarkeit von Maßnahmen des Gesundheitsschutzes (Akustikdecken in allen Räumen)

18. Wie kann Bürokratie abgebaut werden, indem nicht notwendige Dokumentationsvorgänge geschmälert werden?

- Zertifizierung / Rezertifizierung "Familienzentrum NRW" mindestens kurzfristig vereinfachen und Rezertifizierungsintervall verlängern
- Stärkung der Kompetenzen der örtl. Jugendämter (viel zu lange Entscheidungswege im Landesjugendamt)
- Meldungen an LWL nur einfordern, wenn sie einen Zweck erfüllen (Negativbeispiel aus der Corona-Zeit: Meldungen nach § 47 – viel Aufwand für KiTa und Träger, keine Auswertung seitens Landesjugendamt möglich)